

[nzz.ch](https://www.nzz.ch)

Drohende Invasion der Ukraine: Der Westen sollte Farbe bekennen

Peter A. Fischer (pfi)

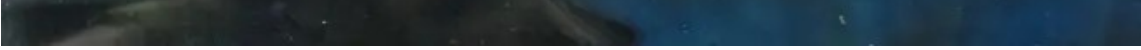
11-13 Minuten

Kommentar

Konflikt zwischen Russland und der Ukraine: Der Westen sollte Farbe bekennen

Moskau droht der Ukraine mit einer Invasion. Die EU und die USA sollten Putin und seiner Entourage jetzt deutlicher klarmachen, dass sie mit einem friedlichen Russland zusammenarbeiten möchten, eine Militäration aber einen sehr hohen Preis hätte.





Ein ukrainischer Soldat betrachtet Einschusslöcher in einem Privathaus in der Nähe der Front in der Donetsk-Region. Nach jahrelangen Grenzscharmützel steigt die Angst vor einem grossen Angriff der Russen.

Gleb Garanich / Reuters

Keine 2000 Kilometer Luftlinie von der Schweiz und Deutschland entfernt eine grosse militärische Invasion zu Weihnachten oder bald nach dem Jahreswechsel 2022? Eine Besetzung, die womöglich gar in einen blutigen Guerillakrieg mündet? Die Vorstellung scheint völlig abstrus und entspringt hoffentlich auch nur einem gewagten Bluff.

Doch leider wird sie in diesen Tagen wahrscheinlicher. Westliche Geheimdienste gehen davon aus, dass Russland mit der Verlegung von Truppen aus Sibirien und anderen Landesteilen seine Militärpräsenz an der Grenze zur Ukraine auf mehr als 100 000 Mann verstärkt hat. Die aufwendige Operation ergibt wenig Sinn, wenn der Staatspräsident und Kremlherrscher Wladimir Putin nicht ernsthaft mit einem Einmarsch in die Ukraine drohen will.

Was bezweckt der Kreml mit einem solch aggressiven Vorgehen? Es hat wohl mit dem Wunsch nach einem geopolitischen Deal mit den USA, der Unzufriedenheit in der russischen Bevölkerung angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten und zunehmender Repression und mit dem unbedingten Willen zum Machterhalt des kleinen herrschenden Zirkels um Putin herum zu tun. Aber auch mit einem zunehmend revanchistischen, die Vergangenheit verklärenden

Geschichtsverständnis.

Interessante Aufschlüsse darüber gibt ein [vom Kremelchef persönlich gezeichneter langer Artikel](#). Wladimir Putin beschwört darin die Einheit der Russen und Ukrainer als historisch zwingend, aber akut bedroht.

Bedrohung als ewiger Mythos

Die (eigentlich ethnisch vielfältigen) Russen sind demnach zusammen mit den Ukrainern und Weissrussen alles Nachfahren der alten Rus. Diese reichte bis über die ukrainische Hauptstadt Kiew hinaus. In diesen Völkern hat sich laut Putin historisch der wahre orthodoxe Glaube gegen die Bedrohung aus dem Westen und die Unterdrückung durch den polnisch-litauischen Katholizismus behauptet. Dieses Vermächtnis der Vorfäter gelte es zu bewahren.



Eine längere Version dieses Artikels ist auf NZZ PRO Global erschienen, der Informationsplattform für Führungskräfte und global Interessierte. Mehr dazu [finden Sie hier](#).

Russen und Ukrainer haben ohne Zweifel vieles gemeinsam, nicht zuletzt ihre sowjetische Vergangenheit. Dazu gehören auch ein eher schwaches Rechtssystem und die Korruptionsanfälligkeit staatlicher Behörden. Aber in den letzten dreissig Jahren haben sich in der unabhängigen Ukraine, anders als in Russland, eine lebendige Zivilgesellschaft, eine immer wieder zu Machtwechseln führende Demokratie und ein

eigenständiger, stärker Westeuropa zugewandter Nationalismus etabliert.

Dass Russland von vielen Ukrainern inzwischen primär als feindlich gesinnte Gefahr wahrgenommen wird, will der Kremlherr nicht als Resultat der Okkupation der Krim und des nun schon seit sieben Jahren andauernden blutigen Grenzkonflikts in der umstrittenen Donbass-Region im Osten der Ukraine begreifen. Stattdessen ortet Putin ein vom Westen und von der Nato gesteuertes antirussisches Projekt.

Die spirituelle Einheit der Russen werde durch radikale Nationalisten und Neonazis attackiert, russisch-orthodoxe Priester und Mönche würden verfolgt und die russischsprachige Bevölkerung im Südosten werde immer stärker durch ethnische Säuberungen bedroht, behauptet der einstige KGB-Agent ziemlich faktenfrei. Putin sprach gar davon, dass die Entwicklung immer stärker Züge eines «Genozids» an der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass aufweise. Der Schritt zu einer militärischen «Befreiungs- und Selbstverteidigungsaktion» scheint da nicht mehr weit.

Die antiwestliche Propaganda zeigt Wirkung. Laut einer vom einigermaßen unabhängigen Meinungsforschungsinstitut Lewada durchgeführten Umfrage halten inzwischen 39 Prozent der Russen einen Krieg im Osten der Ukraine für sehr wahrscheinlich, weitere 38 Prozent immerhin für wenig wahrscheinlich und nur 15 Prozent für ausgeschlossen. Schuld daran sind laut 50 Prozent der Befragten die USA und die Nato (besonders ausgeprägt ist diese Meinung bei den Älteren), laut 16 Prozent die Ukrainer und laut nur 4 Prozent die Russen.

Der offizielle russische Diskurs pflegt den Mythos der ständigen Bedrohung und Einkesselung durch feindliche Mächte mit

Hingabe. Als identitätsstiftend gilt bis heute der Sieg gegen Nazi-Deutschland. Putin, der zu Beginn noch die Annäherung an Europa mit einem neuen Nationalismus auszutarieren suchte, scheint sich inzwischen ganz einem rückwärtsgewandten Patriotismus verschrieben zu haben. Mit diesem will er wohl vom schleppenden Wirtschaftsgang ablenken, den sein staatskapitalistisches, von den Geheim- und Sicherheitsdiensten kontrolliertes System generiert. Dieses setzt auf die Verteilung der Pfründen aus der Rohstoffwirtschaft unter einer kleinen Elite, von der unbedingte Loyalität erwartet wird. Die breite Bevölkerung hat das Nachsehen; viele kluge Köpfe setzen sich ins Ausland ab.

Furcht vor einer erfolgreichen Ukraine

Während sich Russlands Bruttoinlandprodukt (BIP) unter Putin bis 2008 noch nahezu verdoppelt hat, stagniert es seit seiner Rückkehr ins Präsidentenamt. 2020 ist es gerade einmal 4 Prozent höher ausgefallen als 2012. Insgesamt ist Russlands Wirtschaftsleistung heute kleiner als diejenige von Italien.

Als sich 2011/12 der zunehmende Unmut in der Bevölkerung in grossen Protesten niederschlug, reagierte ein entsetzter Putin mit Repression. 2014 bot die in breiten Teilen der russischen Bevölkerung populäre Besetzung der Krim willkommene Ablenkung. Im Wahljahr 2021 wurden unzählige Teilnehmer an Solidaritätskundgebungen für den vergifteten und ins Straflager verbannten Oppositionsführer Alexei Nawalny verhaftet und die Repression gegen alles, was nicht unter Kreml-Kontrolle ist, nochmals deutlich verschärft. Wartet der Kreml nun mit einem «patriotischen» Krieg gegen die Ukraine auf?

Es erscheint verrückt, aber Putin und seine enge Entourage könnten dies als Flucht nach vorne begreifen. Auch weil der

Kreml kaum etwas so sehr fürchtet wie eine Europa zugewandte, demokratische und erfolgreiche Ukraine, die selber entscheidet, was sie will. Zwar ist die Ukraine ein noch relativ schwacher, armer und korruptionsanfälliger Staat. Aber die diversen Aufstände haben gezeigt, dass sich die Bevölkerung besser als in Russland zu wehren weiss. Eine prosperierende Ukraine könnte der russischen Bevölkerung vor Augen führen, dass es auch anders geht.

Russland ist ein faszinierendes, kulturell und wirtschaftlich eng mit Kontinentaleuropa verbundenes Land mit einer gebildeten Bevölkerung. Europa sollte grosses Interesse an einer gegenseitigen Integration und einem freundschaftlichen Verhältnis mit den Russen haben. Aber was ist mit einem Regime, das antiwestlichen Chauvinismus schürt, nebst Rohstoffen vor allem Waffen exportiert und sich aggressiv gebärdet?

Nach der Okkupation von Teilen Georgiens und später der Krim würde Putin mit einer militärischen Invasion der Ukraine der Welt definitiv klarmachen, dass dieses Regime die Unabhängigkeit von anderen Staaten nicht respektiert, sofern es diese gerade zu seinem historischen Einflussgebiet zählt. Russland würde zur permanenten Bedrohung.

Der Preis muss hoch sein

Es ist befremdlich, dass sich die EU-Staaten an ihrem Gipfel nicht schon zu einem deutlicheren Signal durchringen konnten. Die EU und die Amerikaner müssen jetzt Putin klar machen, dass der Preis einer militärischen Aggression zu hoch ist. Sie sollten glaubhaft signalisieren, dass sie im Falle eines militärischen Einmarsches in der Ukraine Russlands herrschende Elite isolieren und spürbar weniger russische

Rohstoffe kaufen würden. Reichere Russen wären im Westen plötzlich unerwünscht, Bankzahlungen erschwert. Die Inbetriebnahme der Erdgasleitung Nord Stream 2 wäre nicht mehr opportun.

Hohe Kosten, die die Elite treffen, könnten zudem vielleicht eine Politikänderung von innen befördern. Russland kann sich militärische Abenteuer weniger leisten als die USA, deren Wirtschaftsleistung 14 Mal grösser ist. Erdöl und Erdgas generieren rund einen Fünftel des russischen BIP. Russlands Exporte bestanden im laufenden Jahr knapp zur Hälfte aus Erdöl und Erdölprodukten, zu einem Achtel aus Erdgas und insgesamt zu über drei Vierteln aus Rohstoffen. Die Einnahmen aus der Produktion und dem Export von Erdgas und Erdöl steuern rund einen Viertel zu den offiziellen Einnahmen des zentralen Staatshaushalts bei. Russland hat seine Exporte zwar nach China diversifiziert, doch Europa bleibt der grösste Abnehmer. Diese Güterströme sind so schnell nicht umzulenken.

Dass Putin gerade in dieser kalten Jahreszeit mit dem Gedanken einer Invasion spielt, dürfte allerdings nicht zufällig sein. Die EU bezog 2019 27 Prozent ihres importierten Erdöls und 41 Prozent des Erdgases aus Russland. Mit der gegenwärtigen Energie- und Klimapolitik dürfte die Nachfrage nach Erdgas mittelfristig eher noch steigen. Eine geografische Umorientierung wäre zwar nicht unmöglich, aber für Europa teuer, und sie birgt das Risiko kalter Wohnungen.

Nichtstun ist gefährlich

Doch Abschreckung bleibt nur so lange glaubwürdig, wie der Westen bereit ist, den Preis dafür zu bezahlen. Es geht um ein klares Signal, dass man klassische militärische Interventionen

zur Durchsetzung von Machtpolitik nicht einfach hinzunehmen bereit ist.

2000 Kilometer sind nicht weit. Für die osteuropäischen EU-Mitglieder geht es gar um unmittelbare Nachbarschaft. Das Regime Putin steht in diesen Tagen und Wochen an einer Wegmarke, bei der es nicht einfach um Machterhalt und historische Verklärung geht, sondern um das künftige Verhältnis zum Westen, um wirtschaftliche Prosperität und die geopolitische Zukunft.

Der Westen hat in den vergangenen drei Jahrzehnten zahlreiche Chancen verpasst, Reformen und konstruktive Kräfte genügend offensiv zu unterstützen. Die gegenwärtige Unsicherheit und Feindlichkeit ist Resultat davon. Der neueste Truppenaufmarsch zeigt: Aus Bequemlichkeit oder falsch verstandener Sympathie untätig zu bleiben und dieselben Fehler zu wiederholen, wird immer gefährlicher.